

Arbeitsblatt 137

Beschneidung im Judentum, oder: Religion und Menschenrechte

„Will man das Judentum in Österreich auflösen?“

Debatte über Beschneidungen: Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Esther Fritsch pocht auf Religionsfreiheit und kündigt Prüfung an. Frisch übt scharfe Kritik an der Beschneidungsdebatte in Österreich. „Die Beschneidung ist ein Identitätsmerkmal des Judentums.“

Debatte um Beschneidungen

Beschneidung im Judentum: Wird im (orthodoxen) Judentum als eine von Gott-Jahwe an Abraham mitgeteilte Sitte aufgefasst, die männlichen Nachfahren am 8. Tag nach der Geburt zu beschneiden. Durch diesen Ritus wird der Knabe in den Bund Gottes aufgenommen.

Beschneidung im Islam: Im Islam ist die Beschneidung zwar kein Gebot, aber weit verbreitet.

Verbotsdebatte: Der Kärntner LH Gerhard Dörfler forderte gestern ein Verbot von Beschneidungen, in der Grazer Uniklinik wurden sie ausgesetzt. In den niederösterreichischen Landeskliniken werden sie nur vorgenommen, wenn es dafür eine medizinische Notwendigkeit gibt. Im Burgenland gilt dieselbe Regelung. Salzburgs LH Gabi Burgstaller ist gegen ein Verbot, obwohl sie es sehr kritisch sieht.

Kosten: Wenn kein medizinischer Grund vorliegt, dann sind Beschneidungen privat zu bezahlen. Dies kostet zwischen 500 und 1000 Euro.

Innsbruck, Wien – Die Empfehlung des Vorarlberger Landeschefs Markus Wallner, an den Landesspitälern keine religiösen Beschneidungen durchzuführen, hat eine heftige Debatte in Österreich ausgelöst. Wallner bezieht sich auf ein Urteil des Landesgerichts Köln, das religiöse Beschneidungen von Buben als Körperverletzung ansieht. In Öster-

reich wird dies unterschiedlich gehandhabt. Der Ruf nach einer österreichweit einheitlichen Regelung wird deshalb laut. Auch in Tirol.

An den Urologien der Krankenhäuser in Hall, Innsbruck und Schwaz werden Beschneidungen nur aus medizinischen Gründen

durchgeführt. In der Kinderchirurgie der Klinik auch aus religiösen. Allerdings nur unter bestimmten Umständen. „Das ist Abwägungssache der Ärzte. Wenn die Eltern eines Kindes die Operation unbedingt wollen, ist es besser, man macht sie in der Klinik als anderswo“, erklärt Tilak-Sprecher Johannes Schwamberger. Dies komme pro Jahr nur fünf- bis sechsmal vor. Es habe in der Vergangenheit Fälle gegeben, bei denen Kinder nach einer Beschneidung, die nicht an einem Krankenhaus durchgeführt wurde, mit Entzündungen in der Klinik behandelt werden mussten.

Tirols Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg (VP) sieht daher derzeit „keine Veranlassung, von der bisherigen Vorgangsweise abzugehen“. Das Wohl der Kinder stehe im Vordergrund und es sei besser, wenn die Eingriffe im Krankenhaus durchgeführt werden statt von unqualifizierten Personen. Tilg fordert aber klare Richtlinien: „Ich appelliere an Gesundheitsminister Stöger, hier im Sinn aller, vor allem der Kinder und der behandelnden Ärzte, die die Entscheidungen letztendlich treffen müssen, österreichweite einheitliche Standards zum Thema Beschneidung festzulegen.“ Es sei wenig zielführend, dass Beschneidungen in einem Bundesland durchgeführt werden, in anderen nicht.

Während Stöger von einer „aufgesetzten Diskussion“ spricht und die Entscheidung den

Landesspitälern überlässt, ist die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg empört. „Will man mit Verboten das Judentum in Österreich auflösen?“, kritisiert sie den Vorarlberger Landeschef. Die Kultusgemeinde hat 122 Mitglieder, davon rund 50 in Vorarlberg. „Die Beschneidung ist ein identitätsstiftendes Merkmal des Judentums, ein zentraler Ritus unserer Religionsgemeinschaft. Mit der Beschneidung werden die Knaben in den Bund mit Gott aufgenommen.“

Sie bezeichnet die Vorgehensweise in Vorarlberg als Eingriff in die Religionsfreiheit. „Das werden wir so nicht hinnehmen. Als Reaktion auf die Debatte werden die Beschneidungen von jüdischen Buben von einem für Beschneidungen ausgebildeten Fachmann durchgeführt (Mohel). Fritsch: „Das war schon bisher der Fall. Die Beschneidungen werden immer von einem Mohel oder einem Arzt durchgeführt.“

Die Präsidentin der Kultusgemeinde kündigt eine verfassungsrechtliche Prüfung an, „schließlich geht es um eine Grundsatzfrage unserer Religion – und das seit 3000 Jahren“. Sie hofft nicht, dass Tirol dem Beispiel Vorarlbergs folgen wird. „Dass LH Wallner auf Forderungen der FPÖ reagiert hat, ist mir ohnehin unverständlich.“

Informationen zum Text:

Tiroler Tageszeitung, Printausgabe vom Do, 26.07.2012. Autoren: Peter Nindler und Marco Witting